

NACHRICHTEN

Noch keine Klarheit im Brandstifter-Prozess

Saarbrücken. In der Hauptverhandlung des Schulbrandstifter-Prozesses hat gestern das Landgericht Saarbrücken weitere Zeugen vernommen. Ein St. Ingberter Anwalt entlastete als Zeuge mit seiner Aussage Manuel B., einen der fünf Angeklagten. Die Zeugenaussagen von drei Häftlingen ergaben keine neuen Hinweise. Den Haftantrag des Staatsanwalts gegen Manuel B. wegen Einbruchs (wir berichteten) wies das Gericht zurück. Der Prozess wird am 22. Dezember fortgesetzt. *akg*

Kreis-Etat Saarlouis ist jetzt angenommen

Kreis Saarlouis. Der Kreistag Saarlouis hat am Dienstagabend den Haushalt für 2007 verabschiedet. 126,6 Millionen Euro stehen auf der Ausgabe-seite, allein 99,7 Prozent sind für Pflichtaufgaben vorgesehen. Also bleiben gerade einmal 0,3 Prozent für zusätzliche Aufgaben. CDU, Grüne und Freie Wähler stimmten gemeinsam für den Haushalt. Die SPD lehnte ihn bis auf den Vermögenshaushalt und die Investitionen ab. *red*

Vortrag über Einsätze in Krisenregionen

Saarlouis. Über „Interkulturelle Kompetenzen militärischer Führung auf den Schlachtfeldern der Gegenwart und der Zukunft“ referiert heute Abend um 19.30 Uhr der Oberstarzt der Bundeswehr a. D. Dr. Reinhard Erös in der Saarlouiser Graf-Werder-Kaserne in der Wallerfanger Straße. Erös berichtet von seinen eigenen Erfahrungen aus Afghanistan und anderen Krisenregionen. *red*

Neues Saarland-Portal im Internet gestartet

Saarbrücken. Die neuen Internetseiten des Saarlandes sind ab sofort unter der Adresse www.saarland.de verfügbar. Im Zuge der Überarbeitung seien mehr als 60 Einzelportale mit rund 10 000 Seiten in ein gemeinsames Portal zusammenggeführt worden, teilte Staatskanzleichef Karl Rauber gestern mit. Damit seien sie künftig von einer Startseite aus zu erreichen. *red*

Im Internet:
www.saarland.de

Bald Schiffe auf dem Saarlouiser Saar-Altarm?

Saarlouis. Auf dem etwa zwei Kilometer langen Saarlouiser Altarm durch Saarlouis könnten Passagierschiffe fahren. Dies hat ein Ingenieurbüro in einer Untersuchung festgestellt. Ein Durchstich zur Saar würde mit Brücken und Hochwassertoren rund 15 Millionen Euro kosten, sagte Ingenieur Thomas Ludewig am Dienstagabend im Stadtplanungsausschuss. Die Stadt könne mit hohen Zuschüssen unter anderem von der EU rechnen. *we*

Produktion dieser Seite:
Johannes Schleuning
Dietmar Klostermann

Landespolitik/Region
Telefon: (06 81) 5 02 20 41
Fax: (06 81) 5 02 22 19
E-Mail: politik@sz-sb.de

Team Landespolitik/Region:
Oliver Schwambach (oli, Leiter), Dietmar Klostermann (dik, stellv. Leiter), Norbert Freund (nof), Christine Koch-Dillenburg (ko), Guido Peters (gp), Johannes Schleuning (jos), Gerhard Franz (gf, Reporter)

Jetzt über neun Milliarden Schulden

Saarland bringt Haushalt 2007 auf den Weg – Noch einmal hitzige Debatten

Der Saar-Landtag hat den Haushalt für 2007 verabschiedet. Sein Volumen: 3,34 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung: 642 Millionen. Die Gesamtschulden sind auf mehr als neun Milliarden Euro gestiegen.

Von SZ-Redakteur
Guido Peters

Saarbrücken. Geschafft! Nach zweitägigen Beratungen ist der Landshaushalt 2007 mit den Stimmen der CDU-Mehrheitsfraktion unter Dach und Fach. Über weite Strecken wurde die Debatte zu einer politischen Generalabrechnung der Opposition mit der Landesregierung, Ministerriege und Union verteidigten ihre Positionen, verwiesen auf das Machbare angesichts der Haushaltsnotlage. Am Abend hatte Finanzminister Peter Jacoby (CDU) zum traditionellen Heringessen eingeladen. Wie zu hören war, hatte die Landtagsküche 70 Kilogramm Heringe geordert.

Zu Beginn des zweiten Debatte-Tages stand der Etat von Sozial- und Justizminister Josef Hecken (CDU) auf dem Prüfstand. Von „Nachhaltigkeit und Innovation“ sei dieser Haushalt geprägt, so Hecken. Bei der Ausgestaltung des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes wolle man „Maßstäbe setzen“. Ferner würden 20 Millionen Euro in den Erweiterungsbau der Vollzugsanstalt Lerchesflur in Saarbrücken gesteckt.

Im Sozialbereich kündigte der Minister ein „demographiesensibles Wohnungsbau-Programm“ an, das älteren Menschen erlauben soll, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Scharf zurück wies der CDU-Politiker die Vorwürfe der SPD, nicht genügend gegen Gammelfleisch-Sünder zu unternehmen. Nach Ansicht



Blick von der Presse-Tribüne in den Plenarsaal des Saar-Landtags.

Foto: bub

von Isolde Ries und Cornelia Hoffmann-Bethscheider müsste die Zahl der Kontrolleure erhöht werden. Hecken verwies auf die Zuständigkeit der Landkreise. Für die Liberalen warf Manfred Baldauf dem Minister vor, bei der Betriebserlaubnis der Billig-Apotheke DocMorris deutsches Recht ignoriert zu haben. Die grüne Abgeordnete Claudia Willger-Lambert monierte die Kürzung von Geldern bei den Hilfen für Flüchtlinge („asoziale Vorgehensweise“).

Zu einem kräftigen rhetorischen Schlagabtausch kam es bei der Diskussion über den Kultur-Haushalt, als das Thema Bildung anstand. Bei den Bildungsausgaben trage das Saarland die rote Laterne unter den Bundesländern, stellte SPD-Schulexperte Reiner Braun fest.

„Wer da noch das Wort Aufsteigerland in den Mund nimmt, ist ein Hochstapler.“ Der Politiker plädierte für eine „bessere individuelle und frühere Förderung von Kindern“. Die Streichung von Lehrerstellen sei das falsche Signal. Und: Die Landesregierung müsse sich zu einem Zuschuss beim Schulesen für arme Kinder durchringen.

Kultusminister Jürgen Schreier (CDU) verteidigte die Grundschulreform, die mit einer „erheblichen Qualitätsverbesserung“ des Unterrichts verbunden sei. Er nannte es „heuchlerisch und verantwortungslos“ immer nur neue Forderungen ohne solide Gegenfinanzierung zu stellen. Beim Schulesen setze man auf eine Verbesserung durch den Bund für Hartz-IV-Empfänger. Un-

terstützung erhielt Schreier von den CDU-Bildungspolitikerinnen Gisela Rink und Nadine Müller. FDP-Chef Christoph Hartmann und Barbara Spaniol (Grüne) machten sich für den Ganztagschulen-Ausbau stark.

HINTERGRUND

Eine Sonderbriefmarke

„50 Jahre Saarland“ wird es 2007 zum „runden“ Geburtstag unseres Bundeslandes geben. Am Rande der Haushalts-Beratungen wurde bekannt, dass am 2. Januar der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Karl Diller, und Saar-Staatskanzlei-Chef Karl Rauber die Marke vorstellen. *gp*

Licht und Schatten der Saar-Wirtschaft

Saarbrücken. Ist – wirtschaftspolitisch gesehen – das Glas im Saarland halbvoll oder halbleer? Für die Oppositionsparteien im Saar-Landtag ist die Situation der Saar-Wirtschaft überhaupt nicht rosig, die CDU-Regierungspartei zeichnet jedoch ein optimistisches Bild. Hans Georg Stritter, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erinnerte daran, dass das Saarland in den Industriezweigen Stahl-, Auto- und Maschinenbau seit Anfang dieses Jahres hinter der Entwicklung im Bund hinterherhinkt. Bei Stahl betrage das Saar-Wachstum 5,3 Prozent (Bund 8,8 Prozent), beim Maschinenbau 1,8 Prozent (8,5 Prozent) und im Fahrzeugbau minus 1,5 Prozent (7,9 Prozent). Bernd Wegner (CDU) erinnerte daran, dass das Saarland seit 1999 in der Rangreihe der Bundesländer bei Wachstum und Arbeitslosigkeit von Platz neun auf Platz fünf vorgerückt sei.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Hubert Ulrich, hob hervor, dass die Regierung bei Tätigkeitsfeldern, in denen die Landespolitik Zeichen setzen könne, versage. So liege das Land bei der Gründungsintensität auf Platz 13 aller Bundesländer, was heißt, dass es wenige Leute gibt, die sich beruflich selbstständig machen wollen.

In die gleiche Kerbe schlug der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christoph Hartmann und fügte hinzu, dass die Saar-Unternehmen eine miserable Eigenkapital-Quote vorweisen könnten. Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi verwies darauf, dass man mit dem Umbau der Saarländischen Investitionskreditbank (SIKB) das wirtschaftspolitische Instrumentarium erheblich verbessert habe – was Eigenkapital-Ausstattung, Wachstumsfinanzierung oder den Einsatz von Beteiligungskapital angeht. *low*

Wie man Kindern das Strafrecht erklärt



Professor Carsten Mosen hat gestern bei der zweiten Vorlesung im Rahmen der Saarbrücker Kinder-Uni erklärt, wie das Strafrecht funktioniert. Der Jura-Professor machte etwa deutlich, warum man für ein Foul beim Fußball nicht ins Gefängnis muss. Die Kinder-Uni ist ein Gemeinschaftsprojekt von Saar-Uni und SZ.

Foto: Maurer

Anti-Israel-Demo hat juristisches Nachspiel

Landgericht hebt Durchsuchungsbeschluss gegen ein Antifa-Mitglied auf

Saarbrücken. Am 24. Juli demonstrierten über 300 Menschen in Saarbrücken gegen das militärische Vorgehen Israels im Libanon. Bei der Demo war es zu einem Zwischenfall gekommen. Drei Aktivisten der Antifa Saar hatten eine Israel-Fahne gezeigt und wurden daraufhin von etwa 50 Demonstranten angegriffen. Zwischenzeitlich hatte das Landeskriminalamt (LKA) Ermittlungen gegen Personen aus dem so genannten antifaschistischen Spektrum aufgenommen, weil diese durch Zeigen der Flagge die Demonstranten „proviziert“ hätten.

Im Oktober hatte das Amtsgericht Saarbrücken eine Hausdurchsuchung bei einem Saarbrücker Studenten angeordnet. Dabei war auch ein Computer beschlagnahmt worden.

Die Hilfsstrafkammer 8a hat am 22. November mit sofortiger Wirkung den Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichtes aufgehoben. Dies bestätigte gestern die Pressestelle des Landgerichts auf Anfrage der SZ.

Die Antifa Saar sieht dies als ersten juristischen Erfolg an. Antifa-Pressesprecherin Sarah Jost: „Die Entscheidung des Landge-

richts hat jetzt gezeigt, dass die haarsträubenden Konstrukte des LKA und des zuständigen Richters beim Amtsgericht schon der nächst höheren gerichtlichen Instanz nicht mehr standhalten können.“ Zwar sei das Ermittlungsverfahren gegen den Betroffenen bislang nicht eingestellt worden. Jost: „Wir sehen einem Prozess mit Spannung entgegen.“ Er biete die Chance, öffentlich klarzustellen, „dass das Problem nicht bei denen zu suchen ist, die eine Fahne Israels zeigen, sondern bei denen, die sich davon provoziert fühlen“. *nip*

Wer zahlt für Leitung katholischer Kitas?

Gericht muss im Streit zwischen Bistum Trier und Stadtverband Saarbrücken entscheiden

Die Finanzierung katholischer Kindertagesstätten im Stadtverband steht zum Teil auf dem juristischen Prüfstand. Die Kirche muss dabei befürchten, dass sie den entsprechenden Musterprozess verliert. Das könnte das Bistum Trier viel Geld kosten.

giösen Träger. Sie übernehmen übergreifende organisatorische und pädagogische Aufgaben, entlasten damit auch Pfarreien und Kirchenverwaltung.

Für den Stadtverband gehören die Gesamtleitungen damit letztlich zur Kirche und nicht mehr zu den sozialen Betreuern der Kinder vor Ort oder zur dortigen Kindergartenleitung. Nur die sind nämlich nach dem üblichen Schlüssel von den Landkreisen (37 Prozent), dem Saarland und den Eltern (je 25 Prozent) sowie dem Träger (13 Prozent) gemeinsam zu finanzieren. Also weigerte sich der Stadtverband, seinen Anteil in Höhe von insgesamt 50 000 Euro pro Jahr, also 350 000 Euro zwischen 2000 und 2006, zu tragen. Während die übrigen Beteiligten zahlen.

Die KiTag Saar, die landesweit rund 100 Kindertagesstätten betreibt, wollte die Ablehnung aus

Saarbrücken nicht hinnehmen. Sie versteht die Ebene der Gesamtleiterinnen als arbeitsteilig ausgelagerter Teil der örtlichen Kindergartenarbeit. Und sie weist darauf, dass alle anderen Landkreise im Saarland ihren Anteil für diese Ebene sehr wohl tragen. Also verklagte die KiTag mit Blick auf zwei ausgewählte Kindergärten in Saarbrücken und Völklingen den Stadtverband vor dem Verwaltungsgericht. Dort wurde in dem Musterprozess gestern mündlich verhandelt. Ergebnis nach Aussage des Vorsitzenden Richters: „Wir schätzen die Erfolgsaussichten der Klage nicht als besonders rosig ein.“ Das Gericht dürfte also in seinem demnächst erwarteten Urteil der Argumentation des Stadtverbandes folgen. Es würde damit also eine Pflicht der Landkreise zur Mitfinanzierung der Gesamtleiterinnen verneinen.

Richter kippen Blieskasteler Wahl

Verwaltungsgericht: Bürgermeisterwahl ist ungültig

Blieskastel/Saarlouis. Das Verwaltungsgericht des Saarlandes hat den Landrat des Saarpfalz-Kreises, Clemens Lindemann (SPD), verpflichtet, die Blieskasteler Bürgermeisterwahl vom 10. April 2005 für ungültig zu erklären. Die heutige Blieskasteler Bürgermeisterin Annelie Faber-Wegner (CDU) hatte damals mit einer knappen Mehrheit von etwas mehr als drei Prozent der Stimmen Amtsinhaber Werner Moschel (SPD) geschlagen.

Das Gericht schloss sich mit seinem gestern den Beteiligten zugestellten Urteil der Argumentation des Blieskasteler SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Achim Jesel an, der die Wahl beim Landrat als Kommunalaufsichtsbehörde angefochten hatte. Jesel hatte seine Wahl-Anfechtung damit begründet, dass die damalige CDU-Kandidatin und ihr Wahlkampfteam Daten der

Meldebehörde der Stadt Blieskastel für Wahlwerbe-Briefe benutzt hatten. Die Angeschriebenen seien allerdings von der Stadtverwaltung vorher nicht auf ihr Recht hingewiesen worden, die Herausgabe ihrer Daten zu verweigern. Die Homburger Kreisverwaltung hatte im August 2005 die Wahl-Anfechtung zurückgewiesen. Das Verwaltungsgericht entschied nun anders. Wesentliche Vorschriften zur Wahlvorbereitung seien unbeachtet geblieben. Hierdurch bestehe die Möglichkeit, dass das Wahlergebnis beeinflusst worden sei, so die Begründung.

Gegen das Urteil kann Berufung beim Oberverwaltungsgericht eingelegt werden. Nach Auskunft von Jesels Anwalt Michael Schwander (Homburg) hatte die Stadt Blieskastel als Prozess-Beteiligte im Vorfeld angekündigt, das tun zu wollen. *cas*